

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 1 | Januar 2026



Moin,

Moin und herzlich willkommen zum ersten Plenumsnewsletter des Jahres.

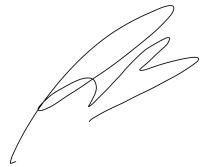
Die politische Lage zu Beginn des Jahres 2026 ist geprägt von Unsicherheit, internationalen Konflikten und wachsendem Druck auf demokratische Institutionen.

Die geopolitischen Entwicklungen zeigen, wie eng innere und äußere Sicherheit miteinander verbunden sind. Der russische Angriffskrieg, die instabile Lage im Nahen Osten und das unsichere Verhalten der USA innerhalb der NATO werfen die Frage auf, wie Europa sicherheits- und verteidigungsfähig bleiben kann. Wir sind überzeugt, dass auch Niedersachsen seinen Beitrag leisten muss – für unsere Sicherheit und die unserer Partner. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und

Bundeswehr wollen wir daher gezielt stärken, damit moderne Sicherheitsforschung möglich wird, statt Bundeswehr und Wissenschaft künstlich voneinander zu trennen.

Auch der Bildungsbereich war eines der dominierenden Themen im Plenum. Es ging um bessere Unterstützung für Schulleitungen, die flächendeckende Einführung von Klassenassistenzen und den gemeinsamen Auftrag, Schulabbrüche frühzeitig zu verhindern. Für uns als CDU-Fraktion ist klar: Gute Bildung beginnt mit guten Bedingungen im Schulalltag. Das bedeutet weniger Bürokratie, mehr Zeit für pädagogische Arbeit und starke Teams in unseren Schulen.

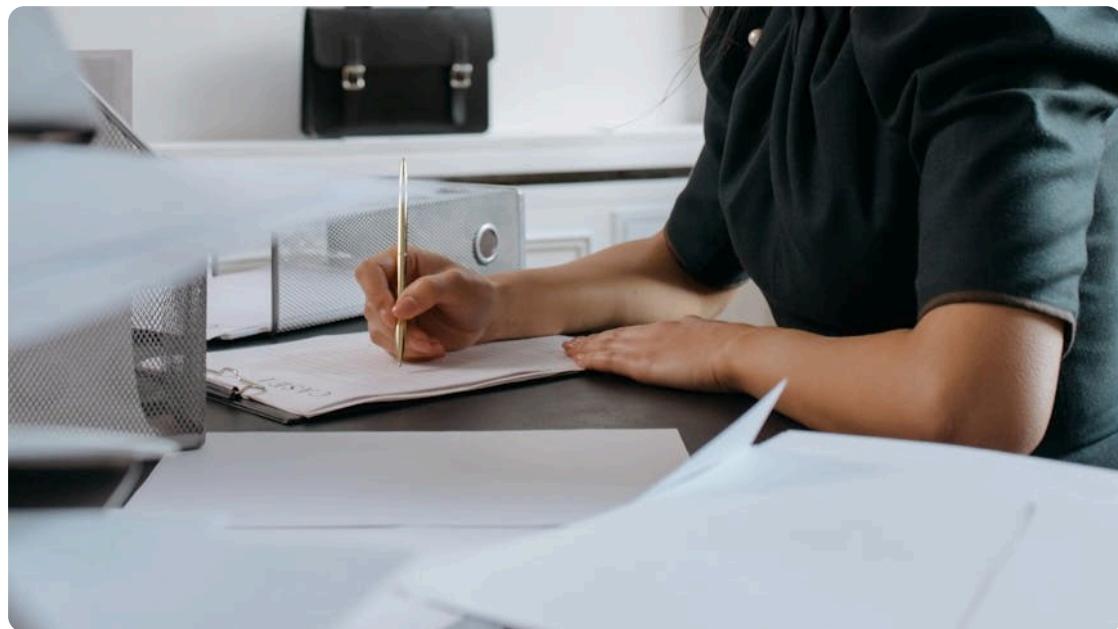
Ihnen viel Freude beim Lesen.



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Mehr Zeit für Unterricht - weniger Papierkram



Die Anforderungen an Schulen wachsen. Doch viele Aufgaben, die heute im Schulalltag anfallen, haben mit Unterricht nur noch wenig zu tun. Lehrkräfte und Schulleitungen übernehmen zunehmend Verwaltungsarbeit, IT-Betreuung

und organisatorische Aufgaben, was zulasten der pädagogischen Qualität geht.

Wir setzen uns für den flächendeckenden Einsatz von Verwaltungsassistenzen ein. Qualifiziertes Unterstützungspersonal kann Schulen gezielt entlasten und dafür sorgen, dass mehr Zeit für Unterricht und pädagogische Arbeit zur Verfügung steht. Entscheidend sind dabei verlässliche Rahmenbedingungen: Statt befristeter Modellprojekte braucht es dauerhaft finanzierte und planbare Stellen.

Schulleitung und Lehrkräfte entlasten

Kein junger Mensch darf verloren gehen

Tausende Jugendliche in Niedersachsen verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Die Zahlen steigen – und damit auch das Risiko für Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven und soziale Unsicherheit.

Wir als CDU-Fraktion sagen klar: Das darf kein Dauerzustand sein. Wir fordern daher ein nachhaltiges Konzept – mit frühzeitiger Unterstützung, individuellen Förderangeboten und von Hochschulen ausgebildeten Mentoren für die Jugendlichen. Lernrückstände müssen frühzeitig diagnostiziert werden, um jeden Schüler mitnehmen zu können.

Auch nach dem letzten Schultag darf die Hilfe nicht enden. Jugendliche ohne Abschluss brauchen gezielte Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Beruf. Die notwendigen Daten betroffener Schüler müssen direkt an die Bundesagentur für Arbeit übermittelt werden, um eine nahtlose Beratung und Unterstützung der Jugendlichen zu bieten.

Schulabgänger reduzieren

Klassenassistenzen für alle Grundschulen einführen

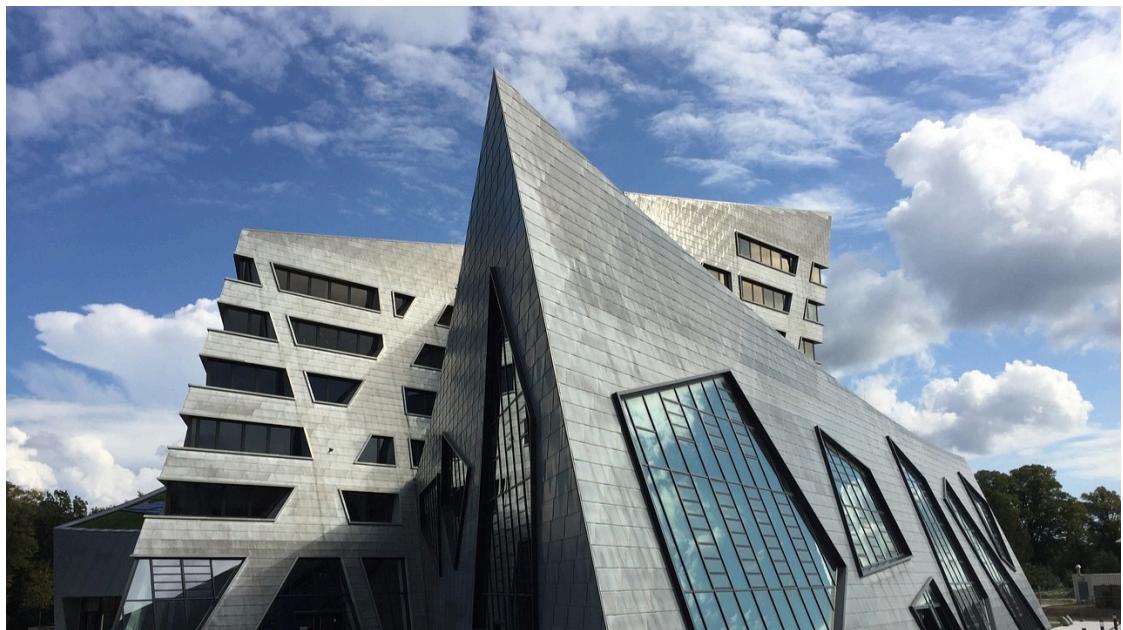


Die Anforderungen an Lehrkräfte steigen – besonders dort, wo Kinder mit Förderbedarf integriert werden sollen. Doch echte Inklusion braucht mehr als gute Absichten. Wir als CDU-Fraktion fordern deshalb, Klassenassistenzen flächendeckend und verbindlich an allen Grundschulen einzuführen. Sie unterstützen flexibel im Unterricht, schaffen Ruhe, strukturieren Lernprozesse und helfen, Konflikte frühzeitig zu erkennen.

In einem Modellprojekt hat sich gezeigt, dass Klassenassistenzen nicht nur die Lehrkräfte entlasten, sondern die Lernatmosphäre für alle Kinder verbessern. Damit das gelingt, braucht es endlich rechtliche Sicherheit, klare Aufgabenprofile und eine gute Qualifizierung dieser wichtigen Unterstützer im Klassenteam.

Klassenassistenzen in Niedersachsen

Forschung darf nicht naiv sein – Hochschulen in die Verantwortung nehmen



Die geopolitische Lage hat sich durch den russischen Angriffskrieg, die Spannungen im Nahen Osten und die zunehmende Unsicherheit im transatlantischen Bündnis drastisch verändert. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die von uns vorgeschlagene Gesetzesänderung schafft die Voraussetzungen für schnellere Genehmigungen beim Ausbau militärischer Infrastruktur und stellt klar, dass sicherheitsrelevante Projekte von überragendem öffentlichem Interesse sind. Zudem soll die Forschung an unseren Hochschulen künftig auch sicherheitsbezogene Themen unterstützen. Die bisherige, selbstverpflichtende Zivilklausel wird gestrichen – für mehr Freiheit in der Wissenschaft und mehr Verantwortung für unsere Sicherheit.

Doch der vorgelegte Gesetzesentwurf der CDU wurde nun von Rot-Grün abgelehnt.

Bundeswehr und Forschung

Start-ups fördern, anstatt fordern



Niedersachsen hat kluge Köpfe und innovative Ideen. Doch oft wandern sie ab – weil es bei uns an politischer Unterstützung fehlt. Start-ups sind Motoren für neue Jobs, technischen Fortschritt und wirtschaftliche Stärke – auch bei uns in der Region. Wenn wir junge Unternehmen halten wollen, müssen wir ihnen den Weg freimachen: weniger Bürokratie, eine erkennbare und stetige Förderung, bessere Finanzierungsmöglichkeiten. Wir als CDU-Fraktion sagen klar: Innovation darf kein Zufall sein. Sie braucht politische Unterstützung – dauerhaft und aus Überzeugung.

Start-up-Land Niedersachsen

Aktuelle Stunde: Ganztagsbetreuung

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung wirft viele Fragen auf. Ich höre immer wieder, wie sehr Schulen und Kommunen unter Druck stehen: Es fehlen Räume, Personal und vor allem klare Regeln. Der neue Erlass des Kultusministeriums hat Vertrauen zerstört – statt Orientierung zu geben.

Im Landtag haben wir als CDU-Fraktion deshalb eine Aktuelle Stunde beantragt. Unsere Botschaft war klar: Ganztag darf nicht über die Köpfe der Schulen hinweg entschieden werden. Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung, realistische Qualitätsstandards und mehr Autonomie vor Ort. Denn: Ganztag gelingt nur mit den Schulen – nicht gegen sie.

Gastbeitrag



Von Sophie Ramdor

- Mitglied im Kultusausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Dass die schriftliche Division sogar bundesweit diskutiert wird, zeigt: Es geht längst nicht nur um eine Rechenart. Viele Menschen haben das Gefühl, dass das Leistungsniveau im Bildungssystem sinkt. Diese Sorge wird bestätigt, wenn Noten abgeschafft werden, Prüfungen nur noch an „guten Tagen“ stattfinden sollen oder im Sportunterricht die wichtige Erfahrung von Erfolg und Misserfolg verloren geht, weil am Ende jeder ein Gewinner ist. Auch Studien wie der IQB-Bildungstrend, in dem Niedersachsen besonders schlecht abschneidet, untermauern diesen Eindruck.

Die Schwierigkeiten beim Dividieren entstehen nicht durch die Methode, sondern durch fehlende Grundlagen. Um dividieren zu können, braucht es ein stabiles Zahlenverständnis. Wenn im ersten Schuljahr zu wenig Zeit für die Erarbeitung des Zahlenverständnisses ist, fehlt eine entscheidende Grundlage und die Kinder haben später Probleme in der Mathematik. Hierbei ist es unabhängig davon, ob halb- oder schriftlich gerechnet wird. Die Kinder verlieren wir nicht wegen der Division, sondern weil ihnen frühzeitig die Basis fehlt.

Gleichzeitig gibt es nicht den einen richtigen Weg für alle Schülerinnen und Schüler. Lehrkräfte wissen aus ihrer täglichen Praxis, welche Methode für ihre Lerngruppen sinnvoll ist. Während häufig von Freiräumen und Individualisierung gesprochen wird, sollen hier plötzlich alle den gleichen Weg gehen. Dieses Vorgehen passt nicht zusammen. Viele Lehrwerke zeigen bereits verschiedene Rechenwege auf, zahlreiche Schulen nutzen die halbschriftliche Division, andere setzen bewusst auf die schriftliche. Beides hat seine Berechtigung. Entscheidend ist, dass Lehrkräfte die Freiheit behalten, die passende Methode zu wählen.

Was wir brauchen, ist ein Bildungssystem, das Leistung wieder ernst nimmt, Kinder fordert und fördert und ihnen zutraut, sich anzustrengen und über sich hinauszuwachsen. Dafür braucht es Vertrauen in die Professionalität der Pädagoginnen und Pädagogen und den Mut, Leistungsbereitschaft nicht weiter auszuhöhlen.

Mit freundlichen Grüßen
Sophie Ramdor

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de



Anna Bauseneick MdL

Stadtoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}

You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

